

Protokoll
der gemeinsamen Sitzung des Bau-, Planungs- und
Verkehrsausschusses sowie des Haupt- und Finanzausschusses -
GemAS/015/2014
am Dienstag, den 25.02.2014
im kleinen Sitzungssaal

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung Protokoll
- 3 Dorfentwicklung Stadt Laubach (IKEK-Verfahren)
Vorstellung vom Amt für Regionalentwicklung
- 4 Windkraft
 - 4.1 Nutzungsvertrag für den Bau, Betrieb und Unterhaltung von Windenergieanlagen mit der hessenENERGIE Gesellschaft für rationale Energienutzung mbH
 - 4.2 Nutzungsvertrag für den Bau, Betrieb und Unterhaltung von Windenergieanlagen mit der iTerra Wind GmbH & Co.KG.
- 5 Kanalauswechslung im Rahmen der EKVO im Bereich der Marburger Straße in Laubach-Gonterskirchen
hier: Aufhebung der Sperrvermerke gemäß Stadtverordnetenbeschluss vom 11.12.2013
- 6 Kenntnisaufnahme des Jahresabschlusses der Stadtwaldstiftung für das Wirtschaftsjahr 2011/2012
- 7 Mitteilungen
- 8 Anfragen

Beratung:

1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ruppel, Vorsitzender des HFA, leitet die gemeinsame Sitzung. Er begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder. Im Besonderen heißt er Frau Müller-Mollenhauer, Leitung Dorf- und Regionalentwicklung sowie die Herren Jardella und Morber als Vertreter von hessenEnergie und Frau Allersmeier und Herrn Becker für die Firma iTerra Wind herzlich willkommen.

Er stellt die Beschlussfähigkeit für die gemeinsame Sitzung des Umwelt-, Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses sowie des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Herr Ruppel stellt den Antrag des Magistrates auf Behandlung des Tagesordnungspunktes 6 der an die gemeinsame Sitzung anschließende Haupt- und Finanzausschusssitzung in nicht öffentlicher Sitzung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis HFA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	3	1		1	9
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

2 Genehmigung Protokoll

Es bestehen keine Einwände gegen die einzelnen Protokolle der Sitzungen vom 27.11.2013. Sie gelten somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis HFA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	3	1		1	9
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Abstimmungsergebnis UBPVA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	2	1			7
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

3 Dorfentwicklung Stadt Laubach (IKEK-Verfahren) Vorstellung vom Amt für Regionalentwicklung

Frau Müllen-Mollenhauer von der Abteilung für den ländlichen Raum –Dorf- und Regionalentwicklung- stellt das IKEK-Verfahren (Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept) ausführlich vor (die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt).

Im Anschluss stellen die Herren Dr. Häbel, Köhler, Klug, Dr. Rinker und Roeschen an die Vortragende noch Fragen.

Der Leitfaden zur Erstellung eines integrierten kommunalen Entwicklungskonzeptes kann bei dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Link: <https://wirtschaft.hessen.de/sites/default/files/HMWV/L/ikek-leitfaden.pdf>) heruntergeladen werden.

Der Antrag auf Aufnahme in dieses Dorfentwicklungsprogramm muss bis zum 17. März 2014 durch die Stadt Laubach gestellt sein. Ebenso muss ein Stadtverordnetenbeschluss zur Aufnahme in das Landesprogramm und ein Beschluss, dass keine die Innenentwicklung konkurrierende Baugebietsausweisung während der Laufzeit von 10 Jahren erfolgt, herbeigeführt werden.

Herr Klug bittet in den beiden Ausschüsse um Abfrage des Votums zu dem Beitritt, zwecks Einschätzung, ob eine entsprechende Stadtverordnetenvorlage eingebracht werden sollte.

Meinungsbild HFA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2		3	1		1	7
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Meinungsbild UBPVA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2		2	1			5
Nein-Stimmen							
Enthaltungen							

Ein Antrag wird bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung vorbereitet.

4 Windkraft

Herr Klug erläutert den politischen Ablauf hinsichtlich der Errichtung von Windkraftanlagen. Damit die Projektierer ihre Windparkprojekte weiterentwickeln können, ist nunmehr der Abschluss entsprechender Nutzungsverträge zwischen den Betreibern und der Stadt Laubach erforderlich.

Hierzu gibt es von den Herren Roeschen, Dr. Häbel, Dr. Rinker, Herr Frank, Frau Diepolder und Herr Köhler Wortmeldungen.

Herr Dr. Rinker stellt in diesem Zusammenhang den Antrag auf Erteilung des Rederechts für die Öffentlichkeit.

Der Antrag wird wie folgt definiert:

Zunächst werden die Ausschussmitglieder das Rede- und Fragerecht an die Projektentwickler richten. Danach wird den Gästen ein Fragerecht an die Projektierer, mit zeitlicher Beschränkung, eingeräumt.

Abstimmungsergebnis HFA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	3	1			8
Nein-Stimmen						1	1
Enthaltungen							0

Abstimmungsergebnis UBPVA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	2	1			7
Nein-Stimmen							0
Enthaltungen							0

4.1 **Nutzungsvertrag für den Bau, Betrieb und Unterhaltung von Windenergieanlagen mit der hessenENERGIE Gesellschaft für rationale Energienutzung mbH**

Der versandte Nutzungsvertrag ist vom 17.09.2012 datiert. Herr Morber von hessenEnergie erläutert, dass dieser Vertrag nicht mehr aktuell ist. In diesem Vertrag wurden bereits Änderungen vorgenommen, da der Betreiber die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen in diesen Nutzungsvertrag einarbeitet (z.B. Änderung § 8 Rückbau – Einarbeitung des Rückbauerlasses lt. Staatsanzeiger). Herr Jardella sagt zu, dass bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung der überarbeitete Nutzungsvertrag der hessenEnergie den Stadtverordneten vorgelegt wird (**Anlage zu diesem Protokoll**).

An der Gesprächsrunde beteiligen sich die Herren Dr. Häbel, Roeschen, Dr. Rinker, Ruppel und Köhler. Diese Fragen werden von den Projektentwicklern und teilweise von Herrn Bürgermeister Klug beantwortet:

Frage 1: Warum wird der Vertrag, obwohl vom 17.09.2012 datiert, erst heute in den Gremien beraten?

Antwort: Bisher wurde keine Notwendigkeit gesehen, die Nutzungsverträge vorzulegen.

Frage 2: Ist im vorliegenden Nutzungsvertrag unter § 8 „Rückbau“ die Änderungen gemäß Rückbauerlasses berücksichtigt?

Antwort: Die Projektentwickler geben an, dass beide Verträge auf Grund neuer Erlasse im § 8 „Rückbau“ verändert werden und an die rechtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Frage 3: Wie lange läuft der Nutzungsvertrag?

Antwort: Beide Projektierer sichern zu, die Laufzeit der Nutzungsverträge an die städtebaulichen Verträge anzupassen.

Frage 4: Warum werden die Nutzungsverträge in zeitlich großem Abstand zu den städtebaulichen Verträgen vorgelegt?

Antwort: Der zeitliche Abstand ist laut Herrn Morber heute nicht mehr nachvollziehbar.

Frage 5: Warum wird jetzt der Abschluss der Nutzungsverträge notwendig?

Antwort: In der Regel werden der Städtebauliche Vertrag mit dem Nutzungsvertrag gezeichnet. Bei der Stadt Laubach wurde von dieser Regelung abgewichen.

Frage 5: Was passiert, wenn die Stadt Laubach auf Windkraft im Bereich Freienseen verzichtet und gleichzeitig die Nachbarkommune Anlagen verwirklicht?

Antwort: Eine alleinige Verwirklichung der Anlagen in Sellnrod wäre möglich, es stellt sich jedoch die Frage der Wirtschaftlichkeit, da ein Windpark geplant ist.

Frage 7: Ist es möglich, die Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend im Vertrag aufzunehmen?

Antwort: Dies wird von den Projektentwicklern zugesagt.

Herr Köhler stellt für seine Fraktion „Die Grünen“ den Antrag, dass ein fachlich versiertes Wirtschaftsunternehmen/-kanzlei mit der Prüfung der beiden Nutzungsverträge beauftragt werden soll, um die Interessen der Stadt Laubach (Pachtzins 4%-15% lt. Handelsblatt) zu wahren. Ihm ist auch wichtig, dass die naturschutzrechtlichen Verfahren berücksichtigt werden. Die Politiker sehen sich hier nicht in der Lage, diese Verträge fachlich zu prüfen.

Herr Klug teilt mit, dass bezüglich der Prüfung durch den Hess. Städte- und Gemeindebund noch keine Stellungnahme vorliegt.

Auch die FW-Fraktion möchten einen Antrag auf Beauftragung einer kompetenten Kanzlei mit der rechtlichen Prüfung der Verträge durch den Ältestenrat stellen. Sie sehen ebenfalls keinen rechtlichen Sachverstand der Gremien gegeben.

Herr Neuhäuser regt an, auch die Stadt Grünberg bei der Vertragsprüfung mit der iTerra Wind unter dem Aspekt mit einzubeziehen, dass die Prüfungskosten geteilt werden könnten.

4.2 Nutzungsvertrag für den Bau, Betrieb und Unterhaltung von Windenergieanlagen mit der iTerra Wind GmbH & Co.KG.

Herr Becker von iTerra Wind informiert die Anwesenden darüber, dass die gemeinsamen Ergebnisse bei Gesprächen mit Laubach und Grünberg inhaltlich in die Verträge beider Städte eingearbeitet werden. Beide Verträge werden dementsprechend aktualisiert und sind somit inhaltlich gleich ausgestaltet.

Wichtig für die Weiterführung dieses Projektes ist jetzt der Abschluss des Nutzungsvertrages.

Wortmeldungen an die Vertreter von iTerra Wind werden von den Herren Dr. Häbel, Köhler, Dr. Rinker, Straka, Frank und Roeschen gerichtet und entsprechend beantwortet:

Frage 1: Warum wählt man im § 6 Nutzungsentschädigung diese Zahlungsmodalität?

Antwort: Der Sockelbetrag wird von 4,5 auf 5% (Nutzungsentschädigung) im Vertrag der iTerra erhöht. Frau Allersmeier weist daraufhin, dass ein festgeschriebener Sockelbetrag negativer als ein Festbetrag ausfallen kann.

Frage 2: Ist der zeitliche Aspekt für dieses Projekt abzusehen?

Antwort: Dies kann von den Projektierern nicht beantwortet werden.

Frage 3: Wobei handelt es sich bei der Netto-Einspeisevergütung?

Antwort: Diese umfasst die in das Netz eingespeiste Energie, ohne Leitungsverluste von der Anlage.

Auch der Projektentwickler von iTerra Wind, Herr Becker, sagt eine kurzfristige Einreichung des derzeitigen Vertragsentwurfes zu, damit dieser bis zur Stadtverordnetenversammlung den Stadtverordneten zur Beratung vorgelegt werden kann.

Nach Beendigung der Frage- bzw. Redebeiträge durch die Mandatsträger folgt nunmehr die Fragestellung an die beiden Projektierer durch die Herren Hofmann und Vohla der Bürgerinitiative „Gegenwind“.

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Köhler, Dr. Rinker und Klug.

Im Zusammenhang einer Frage von Herrn Dr. Rinker bezüglich des Vertrages zwischen der Stadt Laubach und der Stadtwaldstiftung Laubach hinsichtlich des Nießbrauchsrechts sagt Herr Bürgermeister Klug zu, dass diesen Vertrag die Ausschussmitglieder als Anlage zum Protokoll erhalten.

Herr Klug bittet im Anschluss an die Diskussion die Vertreter der BI ihren Fragenkatalog schriftlich einzureichen, damit dieser dem Protokoll beigelegt werden kann. Dies wird von Herrn Vohla zugesagt.

Die Fragen der Bürgerinitiative „Gegenwind“ sowie die vorliegenden Antworten der beiden Projektentwickler werden dem Protokoll zur Vervollständigung beigelegt.

Im Anschluss an die Beratung von Top 4.1 und 4.2 wird über nachfolgend formulierten Antrag abgestimmt:

Der Magistrat wird bevollmächtigt, eine kompetente Kanzlei/Rechtsfirma, mit Erfahrung in dem Metier „Windkraft“, mit der Prüfung der aktuellen Verträge (nach Einarbeitung der Änderungen) von iTerra Wind und hessenEnergie, insbesondere der Nutzungsverträge, mit einer Kappung bei 10.000,00 € zu beauftragen. Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten bis 10.03.2014 vorliegen, damit in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 13. März 2014 über die Verträge beraten und beschlossen werden kann.

Herr Klug wird gebeten, kurzfristig bei Herrn Bürgermeister Ide bezüglich einer Beteiligung der Stadt Grünberg an der Prüfung der Verträge beider Städte mit der iTerra Wind anzufragen. Maßgeblich ist jedoch der oben festgelegte Zeitrahmen.

Abstimmungsergebnis HFA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	3	1		1	9
Nein-Stimmen							0
Enthaltungen							0

Abstimmungsergebnis UBPVA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2		2	1			5
Nein-Stimmen							0
Enthaltungen		2					2

**5 Kanalauswechslung im Rahmen der EKVO im Bereich der Marburger Straße in Laubach-Gonterskirchen
hier: Aufhebung der Sperrvermerke gemäß
Stadtverordnetenbeschluss vom 11.12.2013**

Herr Kröll teilt den beiden Ausschüssen inhaltlich den Beschluss des Ortsbeirates Gonterskirchen mit.

Herr Klug gibt den derzeitigen Verfahrensstand bekannt.

Herr Riddel erläutert fachlich die Notwendigkeit einer „offenen Bauweise“ für das Kanalnetz im Bereich der „Marburger Straße“.

An der Diskussion beteiligen sich die Herren Köhler und Neuhäuser.

Herr Klug stellt den Antrag, dass die Kanalsanierung im Rahmen der EKVO in diesem Jahr durchgeführt und bei HessenMobil eine Verschiebung der Erneuerung der Ortsdurchfahrt Gonterskirchen in das Jahr 2017 beantragt wird.

Über den geänderten Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis HFA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	3	1			8
Nein-Stimmen						1	1
Enthaltungen							0

Abstimmungsergebnis UBPVA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	2	1			7
Nein-Stimmen							0
Enthaltungen							0

**6 Kenntnisnahme des Jahresabschlusses der Stadtwaldstiftung für das
Wirtschaftsjahr 2011/2012**

Beschlussantrag:

Der Magistrat der Stadt Laubach stellt den Antrag, die Stadtverordnetenversammlung möge nach Beteiligung der Ausschüsse wie folgt beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den geprüften Jahresabschluss der Stadtwaldstiftung für das Wirtschaftsjahr 2011/2012 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis HFA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	3	1			8
Nein-Stimmen						1	1
Enthaltungen							0

Abstimmungsergebnis UBPVA:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	2	2	2	1			7
Nein-Stimmen							0
Enthaltungen							0

7 Mitteilungen

Herr Klug teilt mit, dass die Nachtabschaltung aufgehoben und die Straßenlampen seit Januar 2014 wieder durchgehend leuchten.

8 Anfragen

Keine

(Björn Erik Ruppel)
Vorsitzender HFA

(Andreas Straka)
Vorsitzender UBPVA

(Angela Dietz)
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

der gemeinsamen Sitzung des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses sowie des Haupt- und Finanzausschusses am 25.02.2014

Stadtverordnete/r

Stadtverordnete	Diepolder, Christine	_____
Stadtverordnete	Hanak, Isolde	_____

CDU-Fraktion

Stadtverordneten	Jäger, Bernhard	_____
Stadtverordneten	Kröll, Axel	_____
Stadtverordneten	Rinker, Mike Dr.jur.	_____
Stadtverordneten	Ruppel, Björn Erik	_____
Stadtverordneten	Schwab, Volker	_____

SPD-Fraktion

Stadtverordneten	Eisenfeller, Helmut	_____
Stadtverordneten	Roeschen, Hartmut	_____
Stadtverordneten	Waschke, Uwe	_____

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordnete	Becker, Carmen	_____
Stadtverordneten	Köhler, Michael	_____

FDP-Fraktion

Stadtverordneten	Mersmann, Wolfgang	_____
------------------	--------------------	-------

FW-Fraktion

Stadtverordneten	Häbel, Ulf Dr.	_____
Stadtverordneten	Lang, Horst	_____
Stadtverordneten	Neuhäuser, Josef	_____
Stadtverordneten	Niesner, Artur	_____
Stadtverordneten	Straka, Andreas	_____

Bürger für Laubach

Stadtverordneten Frank, Hans-Georg _____
Stadtverordneten Gontrum, Hans _____

Magistrat

Bürgermeister Klug, Peter _____
Stadtrat Maikranz, Siegbert _____

Verwaltung

Magistratsoberrat Weicker, Karl-Heinz _____

Schriftführerin

Verwaltungsange- Dietz, Angela
stellte _____

entschuldigt fehlt

Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordneten Kühn, Joachim Michael _____

SPD-Fraktion

Stadtverordneten Lakos, Carl _____

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordnete Schmahl, Christiane Dr. _____

FW-Fraktion

Stadtverordneten Emrich, Klaus _____

Verwaltung

Technischer Bouda, Martin
Oberamtsrat _____